



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Erstes Kapitel. Die Lösung der bosnischen Krise: 5. November 1908 bis  
8. April 1909

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

## Erstes Kapitel.

### Die Lösung der bosnischen Krise.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Paris Nelidow vom 23. Oktober/5. November 1908.

Sie erhalten mit dem Kurier eine Abschrift meines Briefes an unsern Botschafter in Berlin über unsere Beziehungen zu Deutschland. Die große Bedeutung dieses Briefes wird Ihnen nicht entgehen. Aus allen meinen Unterredungen in Berlin ergibt sich mit vollkommener Klarheit: In der allgemeinen europäischen Situation hat sich eine radikale Veränderung vollzogen; unter dem Einfluß von politischen, ich möchte sogar sagen, historischen, unabwendbaren Notwendigkeiten haben sich die Mächte in zwei verschiedene Gruppen getrennt: auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn, — auf der andern Rußland, Frankreich und England. Italien, durch den Dreibund gebunden, aber gleichzeitig sich zu Frankreich und zu uns hingezogen fühlend, scheint zu zögern; die Türkei wird sich auf die Seite derer stellen, die ihr neues Regime zu stützen verstehen und ihr eine uninteressierte Freundschaft zeigen. Diese neue Situation bietet uns gewiß große Vorteile, was Macht und Sicherheit anbelangt, aber sie enthält auch große Gefahren. Kaiser Wilhelm, durch das Gefühl der Isolierung oder, wie er zu sagen beliebt, „der Einkreisung“ beunruhigt, wird immer nervöser und ungeduldiger, wie aus seinem letzten englischen Interview hervorgeht. Schließlich wird der latente Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen durch die abenteuerliche Politik Baron Lehrenthals ganz besonders unterstrichen. Unter diesen Bedingungen ruft die Reise Kaiser Wilhelms nach Österreich bei uns große Beunruhigung hervor. Man

versichert, die Militärpartei in Wien sei sehr kriegerisch und treibe zu einem Angriff auf Serbien; an der Spitze dieser Partei stehe der Thronfolger, aber der alte Kaiser widerseze sich allen derartigen Versuchen. Muß man nicht fürchten, daß Kaiser Wilhelm die Militärpartei unterstützen wird?

Inmitten all dieser Gefahren arbeite ich an der Lösung der bosnischen Krise. Meine Aufgabe wird durch die Gärung in der öffentlichen Meinung Rußlands und in der hiesigen Presse noch ganz besonders erschwert. Diese Gärung hat viele und verwickelte Ursachen; Erwägungen der inneren Politik spielen hierbei eine große Rolle; wenn man diese Bewegung aufmerksam untersucht, kommt man zum Schlusse, daß im Grunde genommen Rußland augenblicklich nicht kriegerisch gestimmt ist, und obgleich man der Regierung in der auswärtigen Politik auch gern Schwierigkeiten bereitet, so ist man hier trotzdem durchaus nicht geneigt, aus Vorliebe für Serbien Krieg zu führen. Aber man gibt sich bei uns nicht Rechenschaft, daß diese geräuschvolle Bewegung in Serbien und in Montenegro Illusionen hervorrufen und diese beiden Länder in ein Abenteuer stürzen könnte, in dem sie isoliert bleiben würden und von Rußland nicht materiell unterstützt werden könnten. Auch glaube ich, daß man anfängt, dieses in Belgrad und in Cetinje einzusehen; das Telegramm von Rhomiakoff hat dazu beigetragen.

Trotzdem wir die feste Hoffnung haben, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, müssen wir doch die Möglichkeit plötzlicher Komplikationen voraussehen, und meine erste Aufgabe ist es, mir ein möglichst klares Bild von dem Spiel der politischen Kräfte im gegenwärtigen Zeitpunkte zu machen. Wir kennen den Bündnisvertrag von 1879 zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn sehr gut in all seiner Brutalität, einen Bündnisvertrag, der augenblicklich nicht bloß in defensiver Hinsicht verstärkt worden zu sein, sondern noch eine offensive Spitze auf dem Balkanterrain erhalten zu haben scheint. Aber welches ist der genaue Inhalt der übrigen Vereinbarungen, welche den Dreibund bilden? In dieser Hinsicht finde ich in meinen Archiven keine zusammenhängende Arbeit, und mit dem Tode des Grafen Samsdorff hat alle mündliche Tradition aufgehört. Es ist sicher, daß man in dieser Hinsicht in Paris besser bewandert ist, und Sie

selbst besitzen ja ganz besondere Kenntnisse. Ihre Korrespondenz aus Rom aus den Jahren 1898 bis 1902 enthält wertvolle Hinweise auf neue Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien, welche die Bestimmungen des Dreibundvertrages merklich beeinflussen; aber seitdem haben noch andere Veränderungen der europäischen Situation stattgefunden — in erster Linie die Annäherung zwischen England und Frankreich, ein Umstand, der notwendigerweise neue Gesichtspunkte eröffnen muß.

In all diesen wichtigen Fragen würde ich gern Ihre Meinung kennen. Ich möchte vor allem wissen, wie Sie, mit Ihrer großen Erfahrung in der europäischen Politik, über die Möglichkeiten urteilen, die sich aus der jetzigen Krise ergeben könnten. Es scheint mir, daß, dank Gott, die Gefahr eines türkisch-bulgarischen Konfliktes beseitigt ist. Es bleibt die Gefahr eines austroserbischen Konfliktes, des gefährlichsten von allen. Wir tun und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um einem solchen Konflikte vorzubeugen; aber wenn er ausbrechen sollte, so würde in demselben Augenblicke die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in nächste Nähe gerückt.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Januar 1909.**

Grey teilt mir mit, er habe Cambon erklärt, es liege ihm daran, die französische Regierung davon zu verständigen, daß das Londoner Kabinett der russischen Regierung seine diplomatische Unterstützung in der Frage der Kompensation Serbiens und Montenegros versprochen habe. Grey sagt mir, er habe diesen Schritt getan, um die Lage von jedem Mißverständnis zu klären; die Schwierigkeiten, die sich bei Regelung der zwischen Osterreich und der Türkei und Bulgarien schwebenden Fragen ergeben haben, beweisen aber, daß im Interesse des Friedens verlangt werden müsse, daß die serbischen Forderungen möglichst eingeschränkt werden.

**Mitteilung der französischen Botschaft in Petersburg an das russische Außenministerium vom 13./26. Februar 1909.**

Die lange Dauer der austroserbischen Krise und die Ungewißheit, die über den endgültigen Absichten Osterreich-Ungarns und

Rußlands schwebt, ruft in Europa allgemeine Beunruhigung hervor.

Diese Lage der Dinge muß die Aufmerksamkeit der französischen Regierung im höchsten Maße auf sich lenken.

Die Gefühle Frankreichs für Rußland, sein Festhalten an dem unlöslichen Bündnis, welches die beiden Länder vereint, und die Verantwortlichkeiten, die Frankreich unter diesen Umständen auf sich nimmt, machen es ihm zur Pflicht, ohne Verzug in einen Gedankenaustausch mit der russischen Regierung zu treten, um zusammen mit ihr die Richtlinie zu untersuchen, welche sie, unter Berücksichtigung der höheren Interessen beider Länder, einhalten müssen. Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten.

Seit dem Abschlusse der Allianz haben beide Regierungen und beide Länder sich stets bereit gezeigt, ihren gegenseitigen Verpflichtungen nachzukommen, sobald ihre vitalen Interessen bedroht waren; aber umgekehrt haben sie in allen anderen Zwischenfällen des internationalen Lebens stets danach getrachtet, ihre Anstrengungen im Interesse des Friedens und der Versöhnung zu vereinigen. Dies ist heute der Fall, und dies war auch der Gedanke des russischen Außenministeriums, als es im verflossenen Oktober öffentlich erklärte, daß Rußland, welches immer seine Gefühle hinsichtlich der Ursache der gegenwärtigen Krise seien, in dieser keinen casus belli erblicke. Seither haben wir nicht aufgehört, gemeinschaftlich nach Mitteln zu suchen, um die Krise zur möglichen Befriedigung der Balkanstaaten zu lösen, da diesen Staaten die Sympathien sowohl Rußlands als auch Frankreichs zugesichert sind.

Alle im Interesse Bulgariens unternommenen Schritte, denen beizutreten die russische Regierung uns nahelegte, sind von uns aufs wirksamste unterstützt worden.

Was die serbischen Forderungen anbelangt, welche, wie allgemein anerkannt, schwerlich zu rechtfertigen sind, so haben wir Zweifel geäußert, ob es möglich sei, sie zu verwirklichen. Aber wir haben uns der russischen Regierung angeschlossen, um zu verlangen, daß die Frage einer Konferenz unterbreitet würde. Dies ist in Wirklichkeit die einzige Schwierigkeit, für die eine andere Lösung gefunden werden muß, als die vom Belgrader Kabinett hinsichtlich seiner territorialen Kompensationsforderungen beanspruchte.

Der Augenblick ist also für Rußland und Frankreich gekommen, diese Frage gemeinschaftlich zu prüfen. Wir bitten die russische Regierung, uns ihre Ansicht mitteilen zu wollen, in der festen Überzeugung, daß die gemeinschaftliche Erörterung der Frage durch die beiden Regierungen es erlauben wird, die gegenwärtige Krise unter Bedingungen zu lösen, die für Frankreich und Rußland in gleichem Maße befriedigend sind.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Istwolsky vom 11./24. Februar 1909.**

.....  
Es scheint mir, daß die englische Regierung sich über den Ernst der Lage deutlich Rechenschaft gibt. Dieser Eindruck wird durch alle Nachrichten bestätigt, die sie aus offiziellen und privaten Quellen erhält. Trotz des dringenden Wunsches, Serbien zu helfen, gibt man sich hier deutlich Rechenschaft, daß die Anstrengungen der Mächte hauptsächlich darauf gerichtet sein müssen, Serbien vor der Vernichtung zu bewahren, aber daß man ohne Krieg von Österreich nicht wird erreichen können, Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu gewähren. Hardinge teilte mir heute als seine persönliche Ansicht mit, daß die allgemeine Lage weniger gespannt wäre, wenn Rußland in Belgrad erklären würde, Serbien könne weder auf territoriale Zugeständnisse, noch auf eine volle Autonomie Bosniens und der Herzegowina rechnen. Da Österreich gerade befürchtet, daß Rußland, vielleicht auch noch einige andere Mächte, die unerfüllbaren serbischen Forderungen unterstützt, so würde ein derartiger Schritt von Seiten Rußlands in Belgrad das Wiener Kabinett in hohem Maße beruhigen und dadurch die Möglichkeit einer friedlichen

Lösung erhöhen. Man hat hier wohl bemerkt, daß die russische Regierung noch nicht auf die englische Anfrage geantwortet hat, mit welchen Zugeständnissen Serbien der Ansicht Rußlands nach sich begnügen müßte.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. Februar 1909.**

Man ist hier sehr beunruhigt, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten zur Vorbeugung eines austroserbischen Konfliktes nicht vorwärtsschreiten. Augenblicklich legt man in England der Frage der territorialen Zugeständnisse zugunsten Serbiens besondere Bedeutung bei, in der festen Überzeugung, daß das Festhalten an einer solchen Forderung unausbleiblich zum Kriege führen müsse. Hier würde man überhaupt geneigt sein, jeden Vorschlag zu unterstützen, der eine endgültige Verständigung zwischen Österreich und Serbien erleichtern würde, aber unter der Bedingung, daß die gemeinsam vorgehenden Mächte sich deutlich darüber Rechenschaft geben, daß man Österreich territoriale Zugeständnisse nicht zumuten könne. Englischen Nachrichten zufolge scheint das neue serbische Kabinett sich deutlich Rechenschaft zu geben, daß die serbischen Forderungen unerfüllbar sind, und bereit zu sein, den Vorstellungen der Mächte nachzugeben.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 14./27. Februar 1909. — Nr. 250.**

Die Mitteilung, die mir die hiesige französische Botschaft gemacht hat, hat bei uns einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, den ich dem Admiral Touchard nicht verheimlicht habe. Von den friedlichsten Absichten beseelt, hatten wir uns bereit erklärt, den von Cambon vorgeschlagenen Weg zu betreten, d. h. in Belgrad friedliche Erklärungen zu verlangen und dieselben nach Wien weiterzugeben. Aber der Kiderlensche Vorschlag, augenscheinlich in Wien inspiriert und von Pichon gebilligt, hat eine ganz andere Bedeutung. Er zielt darauf ab, eine gemeinsame Aktion der Mächte durch eine direkte Abmachung zwischen Wien und Belgrad zu ersetzen, nach dem Vorbild der österreichisch-türkischen Vereinbarung. Die Sprache der offiziellen Presse in Österreich läßt hierüber keinen Zweifel. Aber dieses ist gleichbedeutend mit

der Auslieferung Serbiens an die Gnade des bis zu den Zähnen bewaffneten Österreichs. Ein derartiger Schritt, wenn in Belgrad unternommen, würde in Rußland allgemeine Entrüstung hervorrufen und einem Konflikt nicht vorbeugen. Keine serbische Regierung könnte sich einverstanden erklären. Es muß hervorgehoben werden, daß die Idee einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Serbien ganz neu ist und allem widerspricht, was bis jetzt zwischen den Mächten vereinbart wurde. Die Kompensationen, die Serbien und Montenegro zugebilligt werden sollen, bilden Punkt 7 des Konferenzprogramms. Österreich hat sich damit einverstanden erklärt, diesen Punkt mit den Mächten zu erörtern, mit der einzigen Einschränkung, daß diese Zugeständnisse nur ökonomischer Natur sein könnten. Um jeden Argwohn zu vermeiden, daß Serbien von Rußland ermutigt werde, unerfüllbare Forderungen zu stellen und dadurch die friedliche Lösung der Krise unmöglich zu machen, haben wir soeben nach Serbien telegraphiert und der serbischen Regierung empfohlen, auf alle territorialen Ansprüche zu verzichten, sich bei der Regelung der noch schwebenden Fragen auf die Entscheidung der Mächte zu verlassen und alles zu vermeiden, was als eine Provozierung Österreich-Ungarns ausgelegt werden könnte. Es will uns scheinen, daß, wenn man von der serbischen Regierung eine derartige Erklärung erhalten könne, die Mächte dieselbe zur Kenntnis des Wiener Kabinetts bringen und dieses ersuchen sollten, seinerseits seine Absichten zu erklären. Ich teile Ihnen sub Nr. 2 den vollständigen Text meines Telegramms an unsern Belgrader Gesandten mit und bitte Sie, denselben zur Kenntnis Pichons zu bringen und mich von der Ansicht der französischen Regierung zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./27. Februar 1909. — Nr. 251.

Nr. 2. In Beantwortung der beiden Mitteilungen, die unser serbische Gesandte am 10. und 13. Februar gemacht hat, bitte ich Sie folgendes zur Kenntnis der königlichen Regierung zu bringen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die serbische Regierung ihrem Entschlusse treu bleibt, den von ihr eingenommenen friedlichen Standpunkt nicht zu ver-

lassen, alles zu vermeiden, was zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Serbien und Österreich führen könnte, und keine militärischen Maßnahmen an der Grenze zu treffen. Wir sind überzeugt, daß die vitalen Interessen Serbiens, dem wir von jeher die größte Sympathie entgegenbringen, ihm diese Richtlinie mit Notwendigkeit auferlegen, welche auch einzig der augenblicklichen allgemeinen Situation entspricht. Wir haben uns andererseits überzeugen können, daß die Mächte nicht geneigt sind, die Idee einer territorialen Vergrößerung Serbiens zu unterstützen. Die Königliche Regierung muß hieraus folgern, daß alle Anstrengungen, die Mächte zur Unterstützung ihrer diesbezüglichen Forderungen zu bewegen, ohne Resultat bleiben werden und daß Serbien sich die Sympathien der Mächte nur erhalten kann, indem es darauf verzichtet, auf Forderungen zu bestehen, die zu einem bewaffneten Konflikt mit Österreich führen müßten. Es ist uns ein Bedürfnis, die Königliche Regierung zu warnen, sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Wir hoffen, daß Serbien, wie es soeben erklärt hat, seinen Verpflichtungen, dem Räte der Großmächte zu folgen, treu bleiben wird. Wir glauben gleichzeitig, daß die serbische Regierung unter den obwaltenden Umständen diesen Mächten deutlich erklären müßte, daß sie auf ihren territorialen Forderungen nicht besteht, und daß sie sich in allen schwebenden Fragen auf die Entschlüsse der Mächte verläßt. Diese könnten dann alle ihre Anstrengungen darauf richten, die serbischen Interessen wahrzunehmen. Abschrift nach Cetinje mitgeteilt.

**Inhaltsangabe eines Telegramms des russischen Außenministers  
Iswolshy an den russischen Gesandten in Belgrad vom 14./27. Fe-  
bruar 1909.**

Nach dringendem Anraten, Serbien solle sich zu einem Verzicht auf territoriale Kompensationen entschließen, heißt es: ... es ist kaum anzunehmen, daß die bosnisch-herzegowinische Frage in nächster Zukunft gelöst werden wird; unser Standpunkt ist nach wie vor derselbe: er hat in unserm Zirkular vom 9. Dezember Ausdruck gefunden; eine allgemeine Einigung aller Mächte auf der Konferenz kaum möglich; die Annexion wird nicht formell sanktioniert werden; Pasitschs Wunsch wird erfüllt

werden. Was eine Bahn durch türkisches Territorium anbelangt, werden wir bei den Verhandlungen mit der Türkei energisch darauf bestehen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 40.**

Hinsichtlich des Riblerenschen Vorschlages ist ein Mißverständnis entstanden. Pichon hat diesen Vorschlag weder angenommen noch empfohlen. Er hat ihn bloß nach London und Petersburg mitgeteilt, um die Ansicht der beiden Kabinette kennenzulernen. Aber er selbst hat die Art und Weise des Vorgehens unannehmbar gefunden, vor allem das in Aussicht genommene tête-à-tête zwischen Osterreich und Serbien. Man hat hier einen neuen Text der in Belgrad zu machenden Vorstellungen soeben aus Berlin erhalten. Ich werde ihn Ihnen zustellen, sobald ich ihn von Pichon erhalten habe, mit denjenigen Veränderungen, die er einzuführen für nötig hält, wenn nicht die Folgen Ihres direkten Schrittes in Belgrad, welchen er vollkommen billigt, weitere Kollektivschritte in Belgrad überflüssig machen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 15./28. Februar 1909. — Nr. 41.**

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 40. Beifolgend das in Berlin vorgeschlagene Projekt einer in Belgrad zu übergebenden Note: Infolge einer Übereinkunft vom 26. Februar 1909 hat Seine Majestät der Sultan seine Einwilligung gegeben, daß hinfort Bosnien und die Herzegowina zum integralen Bestandteile der österreichisch-ungarischen Monarchie gehören sollen, und Seine Majestät der österreichisch-ungarische Kaiser hat auf die militärische Okkupation des Sandschaks von Nowibasar verzichtet, zu welcher ihn der Berliner Kongreß berechtigte. Die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands lenken die Aufmerksamkeit der serbischen Regierung auf die neue Lage, die sich aus diesem Übereinkommen zwischen den interessierten Mächten ergibt, und sie geben sich der Hoffnung hin, daß die serbische Regierung unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs sich aller Handlungen

enthalten wird, die die Ruhe der benachbarten Monarchie stören könnten „und für welche die volle Verantwortung auf Serbien zurückfallen würde“, und daß sie eine Richtlinie einnehmen wird, welche Serbien zu denjenigen ökonomischen Vergünstigungen verhelfen wird, welche Österreich „auf Grund einer direkten Übereinkunft zwischen den beiden Mächten“ ihm zu bewilligen bereit ist.

Wenn trotz Ihres direkten Schrittes in Belgrad ein Kollektivschritt der Großmächte in Belgrad nötig wäre, glaubt Pichon, daß der soeben mitgeteilte Text die Elemente einer Übereinkunft enthält, unter der Bedingung, daß die beiden in Anführungszeichen gestellten Sätze weggelassen werden. Dies ist übrigens nur eine persönliche Ansicht und er wendet sich gleichzeitig auch an die Kabinette von London und Rom.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 17. Februar / 2. März 1909. — Nr. 265.**

Ich verweise auf die Telegramme unseres Pariser Botschafters Nr. 40 und 41. Der in Berlin vorgeschlagene Text ruft selbst mit den von Pichon in Vorschlag gebrachten Weglassungen ernsthafte Einwendungen hervor; der Text ist augenscheinlich in Wien redigiert worden, und der ganze erste Teil verrät die Absichten Österreich-Ungarns, das austrotürkische Protokoll als die definitive Regelung der Annexionsfrage annehmen zu lassen. Wir können in keinem Falle diesem Manöver zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß dieses Protokoll internationale Bedeutung nur dann beanspruchen kann, wenn es von der Konferenz sanktioniert worden sein wird, und wir sehen keinen Grund, dieses Protokoll in der in Aussicht genommenen Note zu erwähnen. Gleichweise unannehmbar betrachten wir den Satz „unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs“. Kein Land, so schwach und klein es sein möge, kann eine derartig allgemeine Erklärung abgeben. Die Kabinette von Paris und London müssen auch verstehen, wie sehr die Tatsache, daß ein österreichisch-deutsches Projekt zum Ausgangspunkt der Diskussion gemacht wird, so gewandt auch dieses Projekt zusammengestellt sein mag, — die Möglichkeit einer Versöhnung erschwert. Dies wird uns in die Notwendigkeit versetzen, unserer

jeits ein Gegenprojekt vorzuschlagen, was vermieden worden wäre, wenn Jules Cambon sich nicht so sehr beeilt hätte, sich das Projekt Baron Schöns anzueignen. Wir kennen noch nicht das Resultat unseres letzten Schrittes in Belgrad, und wir können noch nicht beurteilen, ob eine weitere Aktion der Mächte noch nötig sein wird; deshalb enthalten wir uns fürs erste, unser Gegenprojekt zu formulieren. Der französische Botschafter hat mir versichert, Fürst Bülow hätte Cambon erklärt, daß, wenn der Schritt in Belgrad Erfolg haben würde, das Berliner Kabinett sich den andern Mächten anschließen würde, um gemeinsam in Wien zu handeln. Ich habe eine solche Erklärung in der bisherigen diplomatischen Korrespondenz nicht gesehen, und ich würde gern die Sicherheit haben, daß dies wirklich der Fall ist.

**Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Izwolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.**

Admiral Touchard hat Pichon die Bemerkungen mitgeteilt, die Sie ihm über die Lauheit der französischen Diplomatie, speziell der französischen Botschafter in Wien und in Berlin, gemacht haben, mit welcher sie den von der russischen Regierung eingenommenen Standpunkt unterstützt hätte.

Von diesem Vorwurfe sehr betroffen, hat Pichon mir gegenüber die Aufrichtigkeit und absolute Loyalität hervorgehoben, die seine Politik Rußland gegenüber stets befolgt hat, und er beeilt sich, die Handlungsweise der von Curer Erzellenz beschuldigten französischen Vertreter zu rechtfertigen. Diese haben, hat er mir gesagt, die erhaltenen Instruktionen befolgt; diese Instruktionen stimmen mit unseren Absichten genau überein, und wenn vielleicht Crozier, von dem Glanze der Wiener Gesellschaft, in der er sich eine gute Stellung schaffen will, ein wenig geblendet, sich in der Form weniger energisch gezeigt hatte, als er es vielleicht hätte sein müssen, so gilt dies nicht von Jules Cambon. Dieser hat nicht aufgehört, dem Berliner Kabinett ausdrücklich zu verstehen zu geben, daß Frankreich in dieser Krise der von der russischen Regierung eingeschlagenen Politik in allen Punkten folgen und in loyaler Weise den Allianzvertrag, der es mit Rußland verbindet, einhalten würde. Er hat es so gut verstanden,

den Fürsten Bülow davon zu überzeugen, daß in einer kürzlichen Unterredung, in der über mögliche Eventualitäten gesprochen wurde, der Kanzler unter anderem Jules Cambon gesagt hat: „Sie werden sich auf die Seite Rußlands stellen, wie wir auf die Seite Österreichs . . .“

Aber es ist klar, daß sowohl die deutsche als auch die österreichische Presse ein großes Interesse daran hat, die Farben zu verdichten und, indem sie sich auf die weniger gespannten Beziehungen zwischen der französischen Diplomatie und den politischen Kreisen Berlins und Wiens bezieht, glauben zu machen, daß Frankreich sich allmählich von seinem Bundesgenossen und Freunde löst und sich dem Dreibund nähert. Pichon hat mir bei dieser Gelegenheit die entschiedensten Versicherungen über die Haltung Frankreichs gegeben, falls die jetzige Krise uns zwingen würde, uns aktiv in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen. „Wir werden unsere Allianzverpflichtungen loyal erfüllen,“ sagte mir der Minister, „und solange ich auf diesem Posten bleibe, wird diese Politik befolgt werden. Aber da dies für beide Länder, die beide den Krieg nicht wünschen, eine außerordentlich ernste Situation schafft, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, nach Mitteln zu suchen, um dieser Gefahr vorzubeugen und nicht zu extremen Entschlüssen zu greifen.“ Er hat mir wiederholt, daß auf Grund aller Nachrichten, über die er verfügt, hauptsächlich die territorialen Ansprüche Serbiens, auf die es ein Recht zu haben behauptet, Österreich in Erregung versetzen und das Wiener Kabinett die Geduld verlieren lassen. Milowanovitch hatte hier zugegeben, daß Österreich auf derartige Forderungen nie eingehen würde; keine einzige der Großmächte zeige sich geneigt, sie zu unterstützen. Es war folglich unnützlich und für Serbien gefährlich, darauf zu bestehen, während ein freiwilliger Verzicht seinerseits den Mächten die Möglichkeit gegeben hätte, die ökonomischen Interessen des Königreichs um so energischer zu vertreten. Er glaubte, daß ein Schritt in diesem Sinne, von Rußland ausgehend, für die Serben weniger beleidigend wäre und mehr Aussichten auf Erfolg gehabt hätte als ein Kollektivschritt der Kabinette. Dies war der Sinn der Mitteilung, die der französische Botschafter Curer Erzellenz zu machen hatte.

Was die Vorschläge Cambons und Riberlens anbelangt, so hatte der Minister sie weder angenommen noch empfohlen; er fand namentlich die letzteren für uns wenig annehmbar und hat sie nach Petersburg und London weitergegeben, nur um die Ansicht der Kabinette kennenzulernen und ohne sich in irgendeiner Weise zu verpflichten.

Dies sind, Herr Minister, die Erklärungen und die Versicherungen, die mir Pichon in den aufeinanderfolgenden Unterredungen gegeben hat, welche ich mit ihm Ende der letzten Woche gehabt habe.

Ich habe keinen Grund zu zweifeln, daß er durchaus aufrichtig ist, wenn er mir erklärt, die französische Regierung sei fest entschlossen, die Verpflichtungen, die ihr unser Bundesvertrag auferlegt, auf das genaueste zu erfüllen. Ich höre, daß andere Mitglieder des Kabinetts sich im selben Sinne geäußert hätten, indem sie betonen, daß, wenn Frankreich anders handelte und seine Verpflichtungen nicht erfüllte, es sich moralisch verurteilen würde und sich in materieller Beziehung, wenn der Krieg einen für Rußland günstigen Ausgang nähme, in Europa isoliert und entehrt sehen würde, während im entgegengesetzten Falle es Deutschland ohne Gnade ausgeliefert wäre, — denn, so sagen die Engländer, wenn Frankreich Rußland gegenüber versagen sollte, so würde dies das Ende der frankoenglischen Entente für immer bedeuten. Indem ich Ihnen dies alles mitteile, kann ich jedoch nicht umhin zu betonen, daß die Möglichkeit eines Krieges vom hiesigen Publikum und von der Presse mit sehr verschiedenen Gefühlen betrachtet wird. Die demokratische Republik ist ihrer Natur nach eine Feindin der Kriege. Der Antimilitarismus und der Sozialismus machen in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte. Aber es sind hauptsächlich Tendenzen und Erwägungen merkantiler Natur im französischen Publikum und seine Sorge um die Erhaltung seines außerordentlichen Reichtums, welche dazu dienen, hier ultrapazifistische Tendenzen zu entwickeln. Wenn Frankreich angegriffen würde, oder wenn seine direkten, allen verständlichen Interessen in Frage kämen, so würde die Nation handeln. Aber so wie die Frage jetzt von der Presse hingestellt wird — und ein großer Teil der Presse ist von Oesterreich gewonnen worden, mit dem „Temps“

an der Spitze —, „Europa in einen Krieg zu verwickeln um eines territorialen Streifens wegen, auf den Serbien durchaus kein Recht hat“: eine solche Politik wäre in den Augen der Franzosen der verbrecherischste Wahnsinn.

Ihr mutiger Schritt in Belgrad, mit dem hier alle Welt einverstanden ist, dient dazu, dieser Gefahr vorzubeugen, und wenn, nachdem eine Antwort aus Belgrad erhalten, die neuen maßlosen österreichischen Forderungen von Wien nicht aufrecht erhalten werden, so darf man mit Recht hoffen, daß die Krise eine friedliche Lösung finden wird. Aber eine energische Aktion der Mächte dürfte wahrscheinlich auch in Wien nötig sein, und wie ich Ihnen gestern telegraphierte, ist Richon vollkommen einverstanden, sich mit uns und den Engländern zu verständigen, in welcher Form dies geschehen könne und welche weiteren Folgen dieser Schritt haben müsse. Er ist bereit zu versuchen, die andern Mächte zur Teilnahme zu veranlassen. Man erwartet hier also mit doppeltem Interesse die weiteren Nachrichten aus Belgrad und die Entschlüsse der russischen Regierung, welche die weitere Richtung der diplomatischen Aktion der Kabinette bestimmen werden. Persönlich glaubt der französische Minister des Auswärtigen und, seiner Ansicht nach, auch sein Londoner Kollege, daß man die Konferenz möglichst bald einberufen müsse. Da die Übereinkunft zwischen Bulgarien und der Türkei in nächster Zeit unter russischer Agide abgeschlossen werden wird, so hofft Richon, daß die Einladung zur Konferenz ebenfalls in nächster Zeit an die Mächte ergehen könnte. Wie wird diese Einladung in Wien und Berlin aufgenommen werden? — Dies ist eine Frage, die wahrscheinlich zu schwierigen Verhandlungen führen wird, denn bis jetzt zeigte man sich dort einer Konferenz durchaus abgeneigt, wenn sich diese nicht darauf beschränkt, die zwischen den interessierten Parteien getroffenen Vereinbarungen einfach zu registrieren.

**Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Tswolsky vom 17. Februar / 2. März 1909.**

Ich habe mich Milowanovitch gegenüber im Sinne Ihres Telegrammes ausgesprochen. Der von uns der Königlichen Regierung gegebene Rat wird im Ministerrat besprochen und die

Entscheidung mir morgen mitgeteilt werden. Aus meiner Unterredung mit dem Außenminister habe ich den Eindruck, daß die Regierung nachgibt. In seiner Antwort wird mir Milowanovitch wahrscheinlich mitteilen, soviel ich bisher beurteilen kann, daß Serbien nicht die Absicht hat, irgendwelche kategorische Forderungen territorialer oder ökonomischer Natur zu stellen, so daß es folglich gar nicht nötig hat, auf die ersteren zu verzichten. Serbien legt sein Geschick ganz in die Hände der Großmächte, indem es im voraus ihre Entscheidung annimmt und es ihnen überläßt zu entscheiden, ob man die serbisch-bosnische Frage gleich lösen oder diese Lösung auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben solle. Jetzt schon direkte Verhandlungen mit Österreich anzufangen, hält er nicht für ratsam. Gemäß erhaltenen Instruktionen haben die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens nach meinem Besuch bei Milowanovitch diesem mitgeteilt, daß ihre Regierungen sich der russischen Ansicht anschließen.

**Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Izwolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.**

Nr. 1. Milowanovitch ist es nur mit großer Mühe geglückt, seine Kollegen zu der Annahme des in meinem gestrigen Telegramm dargelegten Standpunktes zu bewegen. Der Text der Antwort der königlichen Regierung auf die russische Mitteilung über die Notwendigkeit eines serbischen Verzichtes auf territoriale Kompensationen ist in meinem Telegramm Nr. 2 wiedergegeben. Wenn Euerer Exzellenz diese Antwort als der augenblicklichen Lage entsprechend ansehen, so möchte Milowanovitch auf Grund dieses Textes eine Zirkularnote an die Großmächte erlassen, indem er sich dabei auf die freundschaftlichen Vorstellungen der russischen Regierung bezieht. Nachdem meine Kollegen von der Absicht des serbischen Außenministers Kenntnis genommen hatten, finden sie diese Antwort annehmbar, obwohl sie nicht ohne Grund voraussehen, daß Österreich-Ungarn, welches direkte Verhandlungen mit Serbien zu führen wünscht, mit dieser Antwort außerordentlich unzufrieden sein wird. Bei der Bergabe der Antwort hat mich Milowanovitch Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die serbische Regierung, indem sie sich zu einem für das Land so schweren Verzichte entschloß, unsern Wünschen

entgegenzukommen suchte, aber daß sie die Hoffnung nicht verliert, daß die russische Regierung ihrerseits die schon früher übernommene Verpflichtung erfüllen wird und nicht die Absicht hat, ihre Unterschrift unter die Annexion zu setzen. Der Ton der Presse hinsichtlich Österreichs ist bedeutend gemäßigter geworden. Die Unzufriedenheit richtet sich hauptsächlich gegen uns.

**Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.**

**Nr. 2. Text der serbischen Antwort.**

Von der Annahme ausgehend, daß in legaler Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und wünscht durchaus nicht, die juristischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten und ihre Haltung korrekter Nachbarschaft zu modifizieren. Sie verlangt auch durchaus nicht von Österreich-Ungarn, als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage, irgend eine Kompensation, weder territorialer, noch politischer oder ökonomischer Natur. Insofern als die bosnisch-herzegowinische Frage als eine interne österreichisch-ungarische oder als eine österreichisch-türkische Frage betrachtet wird, enthält sich Serbien jeder Einmischung. Serbien hat seine Stimme erhoben und hat seinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt nur für den Zeitpunkt und nur insofern, als diese Frage einen europäischen Charakter annimmt. Folglich, wenn die Signatarmächte des Berliner Traktates zugeben, daß die bosnisch-herzegowinische Frage durch das österreichisch-türkische Abkommen gelöst worden ist, oder wenn diese Signatarmächte aus irgendeinem Grunde sich in diesem Augenblicke über die Frage nicht äußern wollen, so wird Serbien, ihrem Beispiel folgend, sich in Zukunft jeder Diskussion enthalten. Wenn hingegen die Mächte die Prüfung der Fragen, die mit der Anerkennung der Annexion und der neuen Fassung des Artikels 25 des Berliner Traktates zusammenhängen, in ihre Hände nehmen, so wird Serbien ihnen als einem kompetenten Tribunal seinen Standpunkt unterbreiten, indem es vollkommen und ohne Vorbehalt ihrer hohen Einsicht

und Billigkeit vertraut. Was die militärischen Rüstungen Serbiens anbelangt, so stehen sie in keinem Zusammenhang mit der bosnisch-herzegowinischen Krise, sondern werden durch unsere allgemeinen Bedürfnisse bedingt, was schon durch die Tatsache bezeugt wird, daß sie auf Grund eines noch vor der Proklamation der Annexion erlassenen Gesetzes stattfinden. Was die militärischen Maßnahmen anbelangt, welche die Vorbereitung der Mobilisation und die Sicherung unserer Grenze mit Österreich-Ungarn betreffen, so ist Serbien bereit, obwohl die Rüstungen einen durchaus defensiven Charakter tragen und aufs äußerste Minimum beschränkt sind, sie zu unterbrechen und rückgängig zu machen, wenn Österreich-Ungarn seinerseits bereit ist, die normale militärische Lage an seiner serbischen Grenze wiederherzustellen, — oder aber, wenn die Mächte uns garantieren wollen, daß Österreich-Ungarn uns nicht angreifen wird.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 288.**

Ich beziehe mich auf die beiden Telegramme unseres Belgrader Gesandten vom 18. Februar. Die Antwort des Belgrader Kabinetts scheint uns, abgesehen von einzelnen Formfehlern, die vollkommene Zustimmung der Mächte zu verdienen. Wir finden es sehr weise und richtig von der Belgrader Regierung, darauf zu verzichten, von Österreich-Ungarn als Folgen der Annexion irgendwelche territoriale, politische oder ökonomische Kompensationen zu verlangen, und sich in dieser Hinsicht auf den Beschluß der Mächte zu verlassen. Wir billigen ebenfalls die Absicht der serbischen Regierung, eine Zirkularnote in diesem Sinne an die Mächte zu richten. Andererseits hat uns die österreichisch-ungarische Regierung soeben erklärt, daß sie niemals die Absicht hätte, eine Vermittlung der Mächte zwischen sich und Serbien zu verlangen, noch wird sie eine solche Vermittlung je in Zukunft zulassen; es ist folglich wahrscheinlich, daß, wenn die serbische Zirkularnote nur an einen Teil der Mächte gerichtet ist und diese den Versuch machen, sie zur Kenntnis des Wiener Kabinetts zu bringen, dieses sich weigern wird, die Mitteilung entgegenzunehmen, und eine direkte Anfrage Serbiens verlangen wird. Wir glauben, daß das beste Mittel, diese Schwierigkeit

zu beheben, darin bestehen würde, daß Serbien die Zirkularnote an alle Signatarmächte des Berliner Traktates, Österreich-Ungarn und die Türkei inbegriffen, zu richten hätte. In diesem Falle wäre es nötig, in dem Texte der serbischen Note Veränderungen vorzunehmen, um sie für das Wiener Kabinett annehmbarer zu machen. Unserer Ansicht nach müßte Serbien auch fürs erste den ganzen letzten Teil, der sich auf die serbischen Rüstungen bezieht, weglassen, da diese Frage bis jetzt weder im Laufe der Verhandlungen zwischen den Mächten, noch von Österreich-Ungarn selbst aufgeworfen worden ist.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 292.**

Fortsetzung meines heutigen Telegramms Nr. 288. Folgende Bemerkungen wollen wir der serbischen Regierung hinsichtlich der Redaktion der projektierten Zirkularnote unterbreiten: Es will uns scheinen, daß die beiden ersten Sätze der serbischen Note nicht verändert zu werden brauchen. Der dritte, vierte, fünfte und sechste Satz ist unserer Meinung nach gefährlich und könnte den Zusammentritt der Konferenz noch schwieriger gestalten. Sie könnten durch eine Erklärung ersetzt werden, daß Serbien sich jeder Einmischung in eine Frage enthalten wird, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates obliegt, in deren Gerechtigkeitsinn Serbien vollkommenes Vertrauen hat. Das Ende des serbischen Textes, das sich auf die Rüstungen bezieht, müßte vollkommen weggelassen werden. Wenn trotzdem die serbische Regierung auf diesem Punkte besteht, so müßte man diesen Teil der Zirkularnote derart fassen, daß Österreich-Ungarn und die Garantie der Mächte nicht erwähnt werden. Ich bitte Sie, das Vorhergehende zur Kenntnis des Ministers des Auswärtigen zu bringen und um seine Ansicht zu fragen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Februar / 6. März 1909.**

Grey ist mit Ihrem Gedanken einer serbischen Zirkularnote an alle Mächte in der von Ihnen vorgeschlagenen gekürzten Form vollkommen einverstanden. Er hat in diesem Sinne schon

an Nicolson telegraphiert. Andererseits werden Grey und Pichon der russischen Regierung in nächster Zeit mitteilen, welche Schritte ihrer Ansicht nach in Wien unternommen werden müßten, um die Einberufung der Konferenz zu beschleunigen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 301.**

Nach Berücksichtigung der verschiedenen Erwägungen, welche den Inhalt der serbischen Zirkularnote bestimmen müssen, glauben wir, daß die Note in definitiver Redaktion folgendermaßen lauten sollte. Von der Annahme ausgehend, daß in juristischer Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Osterreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und hat durchaus nicht den Wunsch, diese juristischen Beziehungen zu ändern, und ist entschlossen, ihren Verpflichtungen guter Nachbarschaft Osterreich-Ungarn gegenüber nachzukommen. Indem sich Serbien jeder Einmischung in eine Frage enthält, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates zukommt, in deren Gerechtigkeits Sinn es volles Vertrauen hat, verlangt Serbien auch nicht von Osterreich-Ungarn als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage irgendeine Kompensation, sei es territorialer, politischer oder ökonomischer Natur, indem es nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche sich auf die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beziehen. Geben Sie gleichzeitig Milowanowitsch zu verstehen, daß in Anbetracht der Entspannung, die sich in der allgemeinen Situation zu vollziehen scheint, man zur Annahme berechtigt ist, daß das Wiener Kabinett davon absehen wird, an Serbien eine Anfrage wegen der Rüstungen zu richten, und daß folglich eine solche Erwähnung in der serbischen Zirkularnote unzeitgemäß und sogar gefährlich erscheint. Wenn jedoch ein derartiger Schritt von Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung erfolgen sollte, so könnte die königliche Regierung unter Berufung auf die erwähnte Zirkularnote Rußland und die anderen Mächte von diesem Schritt in Kenntnis setzen, um von ihnen neuen Rat einzuholen. Es ver-

steht sich von selbst, daß die Zirkularnote an alle Signatarmächte, Österreich inbegriffen, gerichtet sein muß. Ich bitte Sie, obiges zur Kenntnis der serbischen Regierung zu bringen und uns von ihrer Entscheidung zu benachrichtigen. Unseren Nachrichten zufolge ist Graf Forgach beauftragt worden, mit der serbischen Regierung über ein Handelsabkommen zu verhandeln. Aehrenthal hat bei dieser Gelegenheit geäußert, es läge ihm fern, Serbien erniedrigen zu wollen, und die Mission Forgach soll durchaus nicht den Charakter eines Ultimatums haben; andererseits sei es wünschenswert, daß Serbien nicht zu lange zaudere, da das Erlöschen des Handelsvertrages eine provisorische Verlängerung nötig macht; was die ökonomischen Verhandlungen zwischen beiden Ländern anbelangt, so könnten sie auf ein späteres Datum verschoben werden. Aehrenthal hat hinzugefügt, er wolle in keiner Weise einen Druck auf die serbische Regierung in dieser Frage ausüben. Angesichts dieser Versicherung hoffen wir, daß die serbische Regierung die Eröffnungen des österreichischen Vertreters nicht ablehnen wird, indem sie sich anläßlich dieser Verhandlungen auf den Boden normaler kommerzieller Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien stellt.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsty an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 296.**

Ich beziehe mich auf meine Telegramme Nr. 288 und 292. Um den Anschein zu vermeiden, daß Serbien sich solchen direkten Verhandlungen mit Österreich-Ungarn entziehen will, die gewöhnlich den Gegenstand von Verhandlungen zwischen zwei Nachbarstaaten bilden, wäre es wünschenswert, zu dem zweiten Satz der serbischen Zirkularnote, der mit den Worten: „politischer oder ökonomischer Natur“ endigt, die Worte hinzuzufügen „indem die Regierung nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten betreffen“. Die serbische Regierung würde dadurch Europa einen neuen Beweis ihrer friedlichen Absichten geben. Es scheint uns sehr wichtig, daß Milowanovitch diesen Vorschlag annimmt, hauptsächlich im Hinblick auf die Ankunft von Forgach, der, wie die Presse mitteilt, Verhandlungen mit dem Belgrader Kabinett zu führen beauf-

trägt ist. Teilen Sie dies Milowanovitch mit. Was unsere andern Bemerkungen betrifft, so werden wir sie Ihnen in Kürze mitteilen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsth an den russischen Gesandten in Belgrad vom 23. Februar / 8. März 1909.**

Reden Sie Milowanovitch zu, die russische Redaktion anzunehmen. Serbien braucht nicht zu zögern zu erklären, sich in die Annexionsfrage nicht einmischen zu wollen. Juristisch ist dies der einzige unanfechtbare Standpunkt und bedeutet nicht, daß Serbien damit das Recht verliert, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, die Mächte mit seinen Wünschen bekannt zu machen. Unsererseits können wir nur wiederholen, daß die Tatsache der Annexion letzten Endes unsere Unterschrift nicht erhalten wird.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cetinje an den russischen Außenminister Iswolsth vom 13./26. Februar 1909.**

Es sind Maßregeln getroffen worden, um unverzüglich über einen gemeinsamen Feldzugsplan mit Serbien zu beraten; entweder wird ein Vorschlag nach Belgrad geschickt, oder eine kompetente Persönlichkeit hinkommandiert.

**Inhaltsangabe eines Briefes des russischen Außenministers Iswolsth an den russischen Gesandten in Bukarest vom 24. Februar / 9. März 1909.**

Der rumänische Gesandte hat mir beruhigende Erklärungen über ein neutrales Verhalten Rumäniens im Falle eines Konfliktes zwischen Serbien und Osterreich gegeben. Bei passender Gelegenheit müßte diese Frage von Ihnen aufgeworfen werden, um eine diesbezügliche offizielle Erklärung zu erhalten, auf die man sich in Zukunft gegebenenfalls stützen könnte.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsth an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 318.**

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir den Text des österreichisch-türkischen Abkommens übergeben, ebenso wie

die Abschrift einer Note Aehrenthals. Ich habe die Absicht, den Empfang dieser beiden Schriftstücke zu bestätigen und dabei dem Wiener Kabinett in Erinnerung zu bringen, daß unserer Ansicht nach eine direkte Verständigung zwischen Osterreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die bosnisch-herzegowinische Frage einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten und hinzuzufügen, daß wir folglich bereit seien, uns schon jetzt mit Osterreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um eine Konferenz einzuberufen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des Programmes zu befassen hätte, das schon früher von allen Kabinetten angenommen worden ist. Teilen Sie dies der englischen Regierung mit und benachrichtigen Sie mich, ob das Londoner Kabinett bereit ist, Wien eine analoge Antwort zu geben.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 319.**

Die serbische Zirkularnote, die mir heute von dem serbischen Gesandten übergeben wurde, ist trotz einiger redaktioneller Einzelheiten, die, unserm Rate entgegen, hinzugefügt worden sind, im großen ganzen zufriedenstellend, und müßte es für jeden Unbefangenen sein. Unglücklicherweise haben wir Grund anzunehmen, daß dies nicht die Ansicht des Wiener Kabinetts ist. Wie mir der österreichisch-ungarische Botschafter gesagt hat, wird seine Regierung auf einer anderen Formel bestehen, die das österreichisch-türkische Protokoll erwähnt und die Annexion als eine vollzogene Tatsache anerkennt, die weiter nicht in Frage gestellt werden kann. Eine derartige Forderung des Wiener Kabinetts läßt wenig Hoffnung auf eine gütliche Einigung, denn es erscheint zweifelhaft, daß sich in Serbien eine Regierung finden ließe, die dazu ihre Zustimmung gäbe. Wir haben unsererseits alles was möglich getan, um Serbien zu mäßigen; es scheint uns nun dringend notwendig, daß die Kabinette von Paris, London und Rom ihren ganzen Einfluß in Wien und in Berlin zur Geltung bringen, um Aehrenthal zu einer verständlicheren Haltung zu bewegen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 27. Februar / 12. März 1909.**

Ihr Telegramm Nr. 319 erhalten. Grey ist der Ansicht, man könne von Serbien nicht verlangen, es solle die Annexion anerkennen, ehe die Signatarmächte des Berliner Traktats sich auf der Konferenz in dieser Frage ausgesprochen hätten. Er findet auch, daß die letzte serbische Zirkularnote, namentlich wenn Serbien in Bälde seine Zustimmung zu direkten Verhandlungen mit Osterreich über den Handelsvertrag gibt, das Wiener Kabinett befriedigen sollte. Wenn Mensdorff hier in demselben Sinne wie Berchtold mit Ihnen sprechen wird, wird Grey ihm in kategorischer Form seine Meinung zum Ausdruck bringen und hinzufügen, daß, wenn Osterreich immer noch mit Serbien unzufrieden ist, dies nur bedeuten könne, daß man Osterreich überhaupt nicht befriedigen könne. Wenn eine solche Unterredung stattfinden wird, wird Grey sofort die englischen Botschafter in Wien, Berlin, Paris, Rom und Petersburg hiervon verständigen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Februar / 13. März 1909.**

Im Nachgang meines gestrigen Telegramms. Gestern hat der österreichische Botschafter in versöhnlicher Form Grey die Bemerkungen Aehrenthals über den Text der serbischen Zirkularnote mitgeteilt, und da von österreichischer Seite die Zurücknahme der Zirkularnote nicht verlangt und diese sogar als ein weiterer Schritt zur friedlichen Regelung der österreichisch-serbischen Beziehungen bezeichnet wurde, so hat auch die Antwort Greys einen viel weicheren Ausdruck gefunden. Mensdorff bestand darauf, daß, wenn Serbien die Frage der Annexion der Entscheidung der Mächte überläßt, dies seinen eigenen Erklärungen widerspricht, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina die juristischen Beziehungen Serbiens zu Osterreich nicht verändert. Das Wiener Kabinett ist der Ansicht, daß die Vereinbarungen der Türkei mit Osterreich und Bulgarien die faktische Seite der Verletzung des Berliner Traktates endgültig regeln und den Signatarmächten nur die formelle Sanktion der stattgefundenen Modifikationen übrigbleibt. Grey bestritt im

Prinzip die letztere Meinung und rechtfertigte den Standpunkt der serbischen Zirkularnote in den in meinem gestrigen Telegramm wiedergegebenen Ausdrücken. Ferner betonte der österreichische Botschafter ganz besonders die Form der Antwort, welche Serbien auf den Vorschlag direkter Verhandlungen wegen des Handelsvertrages geben wird, und fügte hinzu, daß Österreich sich nicht mit einem Versprechen Serbiens begnügen könne, freundschaftliche Beziehungen mit Österreich „fortzusetzen“, da das Wiener Kabinett, mit den jetzigen Beziehungen unzufrieden, diese zu ändern wünscht. Während der Unterredung hat Mensdorff kein einziges Mal darauf angespielt, daß Österreich von Serbien eine formale Anerkennung der Annexion verlangen wird. Daher glaubt Grey, daß wenn Mensdorff nicht speziell den Auftrag hatte, die Form seiner gestrigen Mitteilung an die englische Regierung zu mildern, Österreich-Ungarn sich mit einer günstigen Antwort auf die Vorschläge Forgachs begnügen wird, wenn dieser Antwort eine allgemeine Erklärung hinzugefügt wird, daß Serbien gute nachbarliche Beziehungen zu unterhalten wünscht. Mensdorff hat angedeutet, die serbische Regierung könnte sich hinsichtlich der Redaktion dieser Antwort mit dem österreichischen Gesandten in Belgrad verständigen, und Grey erblickt keine Hindernisse, diesen Vorschlag anzunehmen. Serbien müßte jedoch die Anerkennung der Annexion entschieden ablehnen, wenn dies von ihm bei dieser Gelegenheit verlangt werden sollte.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 2./15. März 1909. — Nr. 337.**

In Beantwortung der Mitteilung des Wiener Kabinetts, welche das österreichisch-ungarische Protokoll begleitete, habe ich heute Berchtold eine Note übergeben, in der ich den Empfang der beiden Schriftstücke bestätige und mich alsdann folgendermaßen äußere: „Indem Euerer Excellenz der Gedankenaustausch in Erinnerung gebracht wird, der im November und Dezember letzten Jahres zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg stattgefunden hat, und unter besonderer Bezugnahme auf die Mitteilungen vom 9. November und 6. Dezember, hält es der Unterzeichnete für seine Pflicht, nochmals zu bestätigen, daß der Ansicht der Kaiserlich Russischen Regierung gemäß eine direkte

Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die Frage Bosniens und der Herzegowina einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten. Die russische Regierung ist also bereit, sich schon jetzt mit Österreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um das definitive Zusammentreten der Konferenz herbeizuführen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des von allen Mächten angenommenen Programms zu beschäftigen hätte." Bringen Sie bitte den Inhalt dieser Mitteilung zur Kenntnis der englischen Regierung.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1909.**

Grey bedauert außerordentlich, daß die serbische Regierung in ihrer dem Wiener Kabinett gegebenen Antwort die Ratschläge Rußlands und der übrigen Mächte nicht genügend berücksichtigt und versäumt hat, eine vorteilhafte diplomatische Position einzunehmen, die Österreich jeden Vorwand zum Mißvergnügen genommen hätte. Man hat hier keine Nachrichten über die weiteren Absichten Österreichs. Die letzten Berichte des englischen Botschafters in Wien weisen auf eine versöhnliche Stimmung Aehrenthals hin, und Cartwright glaubt sogar, daß Österreich, ehe es zu schroffen Maßregeln Serbien gegenüber greift, sich noch mit einer Mitteilung an die Mächte wenden wird. Grey hält es für ziemlich wahrscheinlich, daß die serbische Regierung aus Erwägungen der inneren Politik nur einem energischen Drucke der Mächte nachgeben will. Die englische Regierung wird, wenn nötig, an einem solchen Drucke teilnehmen und wird auf jeden Fall jede russische Initiative mit allen Mitteln in Belgrad unterstützen, die bezwecken würde, die serbische Regierung zu bewegen, eine Antwort zu geben, die den Wünschen des Wiener Kabinetts entspricht. Grey glaubt jedoch, diese Antwort müßte sich auf Versicherungen von Friedensbereitschaft, auf den Wunsch gutnachbarlicher Beziehungen und auf die Bereitwilligkeit beschränken, unmittelbare Verhandlungen über Fragen rein ökonomischer Natur aufzunehmen, die die Interessen der beiden Staaten betreffen.

**Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.**

Aus meinen Telegrammen während der letzten zwei Wochen und aus den Unterredungen mit Sir A. Nicolson wird Euerer Exzellenz der Standpunkt der englischen Regierung hinsichtlich der verschiedenen Phasen der serbisch-österreichischen Krise bekannt sein, und ich erlaube mir daher diese Frage jetzt nur kurz zu erwähnen. Man war hier überzeugt, daß die serbische Zirkularnote, im Sinne der Ratschläge der russischen Regierung verfaßt, ihren Zweck erreichen würde. Die trockene und abweisende Form aber, welche das Belgrader Kabinett diesem diplomatischen Dokumente gegeben, hat auf die englische Regierung keinen sehr günstigen Eindruck gemacht. In Anbetracht dessen jedoch, daß die Zirkularnote wertvolle friedliche Erklärungen enthält, hoffte Grey, daß die redaktionellen Fehler der serbischen Note durch neue Versicherungen von Seiten Serbiens gutgemacht werden würden; diese hätten dahin gehen sollen, daß Serbien friedliche nachbarliche Beziehungen mit Osterreich zu unterhalten wünscht. Eine solche Gelegenheit bot sich, als Serbien den österreichischen Vorschlag direkter Verhandlungen über den Handelsvertrag zu beantworten hatte. Nach seiner Unterredung mit Mensdorff, über welche ich seinerzeit Euerer Exzellenz berichtet habe, hatte Grey den Eindruck, daß ein derartiges Vorgehen Serbiens das Wiener Kabinett befriedigt und Serbiens internationale Stellung bedeutend gestärkt haben würde. Serbien hätte auf diese Weise die Möglichkeit gehabt, unter dem Schutze der Mächte die Annexion nicht anzuerkennen, aber gleichzeitig die Gefahr abzuwenden, auf weitere Forderungen Osterreichs eingehen zu müssen.

Leider hat die serbische Regierung diese Hoffnung nicht erfüllt. Nachdem Milowanovitch mit Forgach einen Meinungsaustausch über die Redaktion der serbischen Antwort begonnen hatte, schickte er plötzlich diese Antwort nach Wien, unter Umgehung des österreichischen Gesandten in Belgrad, und teilte außerdem den Inhalt dieser Antwort der Presse mit, ehe sie noch dem Wiener Kabinett bekannt geworden war. Abgesehen hiervon war auch die Antwort selbst taktlos: statt freundschaft-

licher Versicherungen — die Wiederholung der Ausdrücke der Zirkularnote, die in Wien nicht gefallen hatten, und statt einer kurzen Darlegung der Wünsche Serbiens hinsichtlich des Handelsvertrages — wird dem Wiener Kabinett eine lange Lektion erteilt, wie diese Frage in den beiden Parlamenten der Donaumonarchie behandelt werden soll.

Die englische Regierung gibt sich natürlich nach wie vor Rechenschaft, daß Österreich Serbien gegenüber mehr Nachgiebigkeit und Wohlwollen zeigen könnte. Aber man weiß hier sehr wohl, daß, um einen Konflikt zwischen zwei Staaten so verschiedener Größe und Macht beilegen zu können, der schwächere mehr guten Willen zeigen müsse, als Serbien dies bis jetzt hat tun wollen.

Augenblicklich ist Sir Edward Grey zwar, was die Zukunft anbelangt, beunruhigt, aber ich kann nicht sagen, daß er die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes aufgibt. Seiner Ansicht nach hängt die Zukunft ausschließlich davon ab, ob Österreich Krieg oder Frieden will, und er sieht absolut keinen Grund zur Annahme, daß Österreich einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen wünscht. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, mit Bestimmtheit vorauszusehen, wieviel Staaten in diesen Krieg hineingezogen werden würden, liegt auch ein Kampf mit Serbien allein nicht in den Absichten Aehrenthals, da sogar ein solcher Kampf sehr bedeutende menschliche und materielle Opfer erfordern würde. Auch der englische Botschafter in Wien hat in letzter Zeit mehrere Male auf eine versöhnlichere Stimmung im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren hingewiesen, und deshalb hofft Grey, daß Österreich nicht sofort zu radikalen Maßnahmen Serbien gegenüber greifen wird. Er glaubt, daß das Wiener Kabinett jetzt entweder von den Mächten oder aber auch von Serbien selbst Erklärungen erbitten wird, aber nicht in der Form eines Ultimatums, und dies wird nicht allein dem Belgrader Kabinett die Möglichkeit geben, sich zu besinnen, sondern wird auch den Serbien freundschaftlich gesinnten Mächten erlauben, einen mäßigenden Einfluß auf dasselbe auszuüben. Wenn diese Hoffnung sich bestätigt, so rechnet die englische Regierung darauf, daß Rußland seine großmütigen Anstrengungen in Belgrad zugunsten des all-

gemeinen Friedens fortsetzen wird, wobei es stets auf die Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen kann. In letzter Zeit kommt Grey immer mehr und mehr zu der Überzeugung, daß König Peter und die serbische Regierung aus Furcht vor inneren Erschütterungen sich nicht entschließen werden, einem freundschaftlichen Räte Folge zu leisten, sondern zu zeigen wünschen, daß sie zu dieser Nachgiebigkeit durch einen energischen Druck der Mächte gezwungen worden sind. Im Interesse des Friedens wäre die englische Regierung bereit, an einem solchen Schritte teilzunehmen, aber natürlich unter der Bedingung, daß derselbe von Rußland gutgeheißen wird.

**Telegramm des russischen Außenministers Tswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 356.**

Der deutsche Botschafter hat hier soeben im Auftrage des Fürsten Bülow einen vertraulichen Schritt unternommen, der zum ersten Male seit dem Ausbruch der Krise auf den Wunsch des Berliner Kabinetts hinzuweisen scheint, ein Mittel zu finden, um die Lage zu entspannen. Graf Pourtalès hat mir erklärt, die deutsche Regierung sei bereit, das Wiener Kabinett zu sondieren, um zu erfahren, ob dieses einverstanden wäre, den Mächten die Übereinkunft mit der Türkei mitzuteilen und ihnen die formelle Sanktion der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu unterbreiten. Diese Sanktion könnte auf dem Wege eines Notenaustausches stattfinden. Wenn das Petersburger Kabinett sich dieser Anschauungsweise anschließt, so würde die deutsche Regierung, allein oder zusammen mit Rußland, bei den anderen Mächten Schritte unternehmen, um sie aufzufordern, dieses Vorgehen anzunehmen, welches dem Prinzip der europäischen Sanktion, für das Rußland sich einsetzt, Genüge tut und letzterem gleichzeitig erlauben würde, in Belgrad eine energischere Sprache zu führen. Ich habe dem Grafen Pourtalès für diese freundschaftliche Mitteilung gedankt und mich darauf beschränkt, zu bemerken, daß auf den ersten Blick hin der deutsche Vorschlag eine Konferenz auszuschließen scheinete und Osterreich die Möglichkeit gäbe, wenn einmal die Annexion von den Mächten anerkannt worden ist, sich der Lösung der andern Punkte des Programms zu entziehen und Serbien in seine

Gewalt zu bekommen. Ich fügte jedoch hinzu, daß ich den verständlichen Geist der Mitteilung des Grafen Bourtales anerkenne und daß ich den Vorschlag reiflich überlegen würde. Es will mir scheinen, man müsse dies Bestreben Deutschlands, eine Entspannung herbeizuführen, ermutigen, und man könnte diesen Vorschlag im Prinzip annehmen, unter der Bedingung, daß man die Form des österreichischen Schrittes genau festsetzen und weiterhin Garantien für das Zusammenkommen der Konferenz verlangen müßte. Teilen Sie obiges in vertraulicher Weise dem Minister des Äußeren mit, und wenn er meine Ansicht teilt, so werde ich eine Antwort in diesem Sinne verfassen und sie den Kabinetten von Paris und London mitteilen, ehe ich sie nach Berlin abschicke.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 364.**

Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie das Projekt meiner Antwort an das Berliner Kabinett. Fragen Sie den Minister des Auswärtigen, ob er mit meiner Antwort einverstanden ist.

**Telegramm desselben an dieselben vom 4./17. März 1909. — Nr. 365.**

Nr. 2. Anbei das in meinem Telegramm Nr. 1 erwähnte Projekt. Die russische Regierung hat nicht verfehlt, die vertrauliche Mitteilung des Berliner Kabinetts reiflich zu prüfen, deren freundschaftlicher Geist vollkommen gewürdigt wird. Das Berliner Kabinett kennt all die Anstrengungen, die Rußland gemacht hat, um mäßigend auf die serbische Regierung einzuwirken. Wenn die Ratschläge der Kaiserlichen Regierung nicht in allen Punkten in Belgrad befolgt worden sind, so sind sie auch nicht resultatlos geblieben, und das Kaiserliche Kabinett ist bereit, in demselben Sinne weiter zu handeln. Unglücklicherweise ist das Wiener Kabinett weit davon entfernt, den guten Willen, den Serbien trotz mannigfacher Schwierigkeiten gezeigt hat, anzuerkennen, und zeigt sich immer anspruchsvoller. Den letzten Nachrichten zufolge, die aus Wien erhalten worden sind, muß man befürchten, daß der Krieg dort endgültig beschlossen ist. Wie dem auch sei, die russische Regierung hat seit Beginn der Krise

nichts vernachlässigt, um die friedliche Beilegung der schwebenden Streitfragen zu fördern; sie wird deshalb auch jetzt die Vorschläge des Berliner Kabinetts annehmen, und wenn Osterreich einen Schritt in dem von der deutschen Regierung angegebenen Sinne unternimmt, das heißt, wenn es die Mächte um eine durch Notenaustausch zu erfolgende formelle Sanktion der Veränderung des Artikel 25 des Berliner Traktates bittet, so wird die russische Regierung es sich ihrerseits zur Pflicht machen, diesem Schritte mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzukommen, hierin die Elemente einer Lösung zu finden, die für alle Signatarmächte des Berliner Traktates in gleicher Weise befriedigend wäre.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 363.**

Wie wir erfahren, ist die serbische Antwort auf die Mitteilung des Grafen Forgach in Wien nicht als befriedigend anerkannt worden. Ohne in die Prüfung der Einzelheiten dieser Antwort eintreten zu wollen, glauben wir feststellen zu müssen, daß diese Antwort ohne unsere Teilnahme zusammengestellt worden ist und keineswegs den Ratschlägen, die in Belgrad erteilt wurden, entspricht; es scheint jedoch, daß das Wiener Kabinett die Absicht hat, die Verhandlungen mit Belgrad fortzusetzen, und es steht zu erwarten, daß Forgach der serbischen Regierung eine neue Mitteilung zukommen lassen wird. Wir haben die Absicht, in diesem Falle unsern ganzen Einfluß geltend zu machen, um zwischen der serbischen Regierung und dem österreichischen Gesandten ein Einvernehmen zustande zu bringen, das sich auf die Abfassung einer beide Seiten in gleicher Weise befriedigenden definitiven Antwort bezieht, und wir hoffen, daß die Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, uns im Interesse des allgemeinen Friedens hierbei unterstützen wird.

**Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.**

Die Lage verschärft sich. Die Nachrichten, die hier über verstärkte militärische Rüstungen Osterreichs eintreffen, können Serbien veranlassen, zu ähnlichen Maßnahmen zu greifen. Diese

würden von Österreich jedenfalls als Provokation angesehen werden. Andererseits ist die königliche Regierung auf Grund der von Aehrenthal und Forgach abgegebenen Erklärung überzeugt, daß Österreich in seiner nächsten Mitteilung offen verlangen wird, Serbien solle vor allem die bosnisch-herzegowinische Frage auf Grund des österreichisch-türkischen Protokolles als erledigt erklären, um sich auf diese Weise die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern. Serbien wird jedenfalls ebenso wie früher antworten, und dann würde der Zusammenstoß unvermeidlich sein. Simitsch glaubt, daß der einzige Ausweg aus dieser kritischen Lage darin bestehen würde, daß die Großmächte auf die eine oder andere Weise Österreich verhindern würden, direkt mit Serbien zu verhandeln. Der Minister glaubt, daß dieses z. B. durch einen Kollektivschritt der Mächte in Belgrad erreicht werden könnte, indem man dem Belgrader Kabinett vorschlägt, abzurufen. Diesem Verlangen würde die Regierung bedingungslos nachgeben und auf diese Weise Österreich in eine äußerst schwierige Situation Europa gegenüber versetzen. So sonderbar diese Ansicht des Ministers erscheint, so halte ich es dennoch für meine Pflicht, sie Ihnen mitzuteilen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 4./17. März 1909.**

Die Antwort der serbischen Regierung auf die Mitteilung Forgachs hat in Wien nicht befriedigt. Auch die andern Mächte sind der Ansicht, daß die Antwort den jetzigen Verhältnissen nicht entspricht. Man muß annehmen, daß Österreich jetzt noch energischere Forderungen an Serbien stellen wird. Wir sind erstaunt, daß das Belgrader Kabinett, obwohl es augenscheinlich im Prinzip die Notwendigkeit, Österreich nachzugeben, eingesehen hat, unserm Rat nicht gefolgt ist, sich mit Forgach über die endgültige Antwort zu verständigen, die Österreich befriedigt hätte. Man muß nicht vergessen, daß das Wiener Kabinett bei jeder neuen Forderung seine Ansprüche erhöht, und auf diese Weise wird unsere Aufgabe, Serbien nach Möglichkeit bei den diplomatischen Verhandlungen mit den Mächten zu helfen, außerordentlich erschwert. Wie wir schon erklärt haben, kann die serbische Antwort, unter dem Druck von Zwangsmaßnahmen gegeben,

auch wenn in ihr ein kategorischer Verzicht auf Bosnien und die Herzegowina enthalten ist, doch nicht eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal dieser Provinzen haben. Diese Frage muß ausschließlich von den Mächten entschieden werden und ihre Ansicht hängt nicht vom Standpunkte der serbischen Regierung ab, sondern stützt sich, wie in Belgrad wohl bekannt, auf Fragen des Rechts und die Notwendigkeit, unter den Mächten ein Einvernehmen zu erzielen. Teilen Sie dies der serbischen Regierung mit und drücken Sie die Erwartung aus, daß diese Erwägungen bei der Redaktion der Antwort in Betracht gezogen werden, da Jorgach wahrscheinlich in nächster Zeit eine neue Mitteilung machen wird.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Jswolsky vom 6./19. März 1909. — Nr. 7.**

Der englische Botschafter in Petersburg ist beauftragt worden, Ihnen die Erwägungen seiner Regierung anlässlich des deutschen Vorschlages und unserer Antwort mitzuteilen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß der Vorschlag augenscheinlich in Wien inspiriert worden ist und die Absicht verfolgt, eine Konferenz unnütz zu machen; da die Konferenz auch im Projekte unserer Antwort nicht erwähnt wird, so würde die Annahme des deutschen Vorschlages dahin führen, daß die Konferenz durch einen Notenaustausch ersetzt würde. England hat sich zugunsten einer Konferenz hauptsächlich deshalb ausgesprochen, weil Rußland dies wünschte; wenn die russische Regierung es jetzt für möglich hält, auf diesen Gedanken zu verzichten, so ist auch die englische Regierung bereit, sich mit einem Notenaustausch hinsichtlich folgender Fragen zu begnügen: Bosnien, Herzegowina, Türkei, Bulgarien und die Ungültigkeitserklärung des Artikels 29 des Berliner Traktates, welcher sich auf Montenegro bezieht. Grew ist ferner der Ansicht, die russische Regierung müßte noch mit einer Antwort auf den deutschen Vorschlag warten, bis die augenblickliche österreichisch-serbische Krise eine Lösung gefunden hat. Hardinge machte die Bemerkung, daß die in Ihrer Antwort enthaltenen Worte, man müsse befürchten, daß man sich in Wien endgültig für den Krieg entschieden habe, kaum der jetzigen Lage der Dinge entsprechen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 9./22. März 1909. — Nr. 10.**

Aehrenthal hat dem englischen Botschafter in Wien das Projekt einer serbischen Note mitgeteilt, die Österreich befriedigen würde. Vor allem wird verlangt, Serbien solle zugeben, daß die Annexion Bosniens die serbischen Rechte nicht verletzt habe, und versprechen, daß es in Zukunft die Politik der Opposition und der Proteste hinsichtlich der Annexion aufgeben werde. Grey hat in Wien mitteilen lassen, daß eine solche Forderung erniedrigend sei und eine Entschuldigung für das frühere Benehmen bedeute. Aehrenthal bestand auf seinem Standpunkt, gab aber zu verstehen, daß Österreich den englischen Vorschlag annehmen würde, wenn die Mächte, wenn auch einzeln und in nichtoffizieller Form, ihre Zustimmung zur Annexion geben würden. In der Annahme, daß diese letzte Frage mit dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht in Zusammenhang gebracht werden muß, hat Grey die Absicht, wenn die Lage sich morgen nicht verändert, Aehrenthal das Projekt einer Note mitzuteilen. Cartwright wird dabei beauftragt werden, zu erklären, daß dies der letzte Versuch der Mächte ist, Österreich mit Serbien zu versöhnen, und er wird auf die Verantwortung hinweisen, die auf Österreich fallen würde, wenn es so weitgehende Garantien der versöhnlichen Absichten Serbiens abweisen würde. Wenn Aehrenthal das englische Projekt annimmt, so müßten die Vertreter der anderen Mächte ihre Zustimmung geben. Hardinge beriet sich heute gleichzeitig mit dem französischen Botschafter und mir, und wir beide haben uns erlaubt, die Meinung auszudrücken, daß die englische Note nichts enthält, was der Ansicht unserer Regierungen widersprechen würde. Hardinge und Cambon haben beide geäußert, man müsse allzu großen Forderungen Aehrenthals mit Festigkeit begegnen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909.**

Der deutsche Botschafter hat mir mündlich und vertraulich folgende Mitteilung gemacht: „Die deutsche Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die russische Regierung

den freundschaftlichen Geist des von Deutschland unternommenen Schrittes anerkennt, und daß die Kabinette geneigt zu sein scheinen, den ihnen gemachten Vorschlag anzunehmen. Die deutsche Regierung ist bereit, sich schon jetzt an das Wiener Kabinett zu wenden und ihm vorzuschlagen, die Mächte, unter Bezugnahme auf die Notifikation der österreichisch-türkischen Übereinkunft, um ihre formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu bitten. Ehe jedoch das Berliner Kabinett diesen Schritt in Wien unternimmt, möchte es die Gewißheit haben, daß das Petersburger Kabinett fest entschlossen ist, den österreichischen Vorschlag anzunehmen und seine bedingungslos-formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 zu geben.“

Im Auftrage des Kaisers habe ich dem Grafen Pourtalès mündlich und vertraulich wie folgt geantwortet: „Das Berliner Kabinett hat die Kaiserliche Regierung benachrichtigt, daß es bereit ist, dem Wiener Kabinett vorzuschlagen, die Mächte, unter Bezugnahme auf die Notifikation der österreichisch-türkischen Übereinkunft, um ihre formelle Zustimmung zur Annullierung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu bitten. Die russische Regierung hat keine Bedenken zu erklären, daß, wenn das Wiener Kabinett eine solche Anfrage an die Mächte richten würde, sie nicht verfehlen wird, ihre bedingungslos-formelle Zustimmung zu geben. Indem wir diesen neuen Beweis unseres Wunsches, die Krise zu lösen, geben, hoffen wir, daß das Berliner Kabinett seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um Wien zu bestimmen, der englischen Initiative entgegenkommen zu zeigen und eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herbeizuführen.“

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909. — Nr. 409.**

Graf Pourtalès hat der im vorhergehenden Telegramm enthaltenen Mitteilung hinzugefügt, daß eine ablehnende oder sogar ausweichende Antwort unsererseits zur Folge haben würde, daß Deutschland „den Dingen freien Lauf lassen und uns für die Folgen verantwortlich halten würde“; er hat mir gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß der Erfolg der englischen Schritte in Wien ausschließlich von unserer Annahme des Bülow'schen

Vorschlages abhängt. Wir haben es also augenscheinlich mit einer keinen Widerspruch zulassenden Aktion zu tun, die zwischen Wien und Berlin vereinbart worden ist und dazu dient, uns vor folgende Alternative zu stellen: unverzügliche Regelung der Annexionsfrage durch Notenaustausch oder Invasion Serbiens. In Anbetracht der großen Gefahr, die ein österreichisch-serbischer Konflikt sowohl für uns als auch für den allgemeinen Frieden bedeuten würde, und um Serbien zu schützen, haben wir keine andere Wahl, als den deutschen Vorschlag anzunehmen. Ich habe folglich, mit Zustimmung des Kaisers, dem deutschen Botschafter erklärt, daß, wenn das Wiener Kabinett den in der deutschen Mitteilung angedeuteten Schritt macht, die russische Regierung ihn mit der bedingungslosen Annahme des Vorschlages beantworten würde. Ich habe hinzugefügt, daß wir, indem wir diesen neuen Beweis unseres Wunsches, die Krise zu lösen, geben, uns der Hoffnung hingeben, daß das Berliner Kabinett seinen ganzen Einfluß aufbieten wird, um Wien zu bestimmen, der englischen Initiative Entgegenkommen zu zeigen. Indem Sie obiges dem Minister des Auswärtigen mitteilen, seien Sie bitte darauf bedacht, das große Opfer zu betonen, welches wir der Sache des Friedens bringen; die Kabinette von Berlin und Wien bezwecken augenscheinlich, eine Konferenz zu vermeiden. Obwohl wir uns enthalten, die Konferenz in diesem Augenblicke zu erwähnen, so haben wir doch durchaus nicht die Absicht, auf dieselbe zu verzichten, und wir sind der Ansicht, daß der in Berlin vorgeschlagene Notenaustausch diese Möglichkeit nicht ausschließt.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. März 1909. — Nr. 22.**

Die Antwort, die Eure Exzellenz gestern dem Grafen Pourtalès gegeben haben, hat in der Wilhelmstraße die größte Befriedigung hervorgerufen. Biderlen betrachtet sie als die erste Etappe einer friedlichen Lösung der Krise. Berlin hat die Kabinette von Paris, London und Rom benachrichtigt, daß die deutsche Regierung bei Rußland angefragt habe, wie es eine österreichische Anfrage bezüglich der Anerkennung der österreichisch-türkischen Übereinkunft und der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates aufnehmen würde. Da von

Petersburg eine günstige Antwort erhalten worden sei, würde die deutsche Regierung gerne wissen, welche Aufnahme ein analoger Schritt des Wiener Kabinetts in London, Paris und Rom finden würde. Riberlen ist der Ansicht, daß eine solche Lösung die Möglichkeit des Zusammentritts der Konferenz nicht ausschließt und daß letztere außer der Sanktion der Annullierung des Art. 25 sich auch noch mit der bulgarischen und montenegrinischen Frage zu befassen haben würde. Riberlen lenkte meine Aufmerksamkeit auf einen Artikel der Kölnischen Zeitung, der heute abend erscheinen wird und dessen Ton, wie ich verstanden habe, bedeutend von dem abweicht, was in letzter Zeit selbst von der offiziellen Presse über unsere Politik geschrieben worden ist. Diese Wendung zum Besseren ist augenscheinlich das Resultat Ihrer Verhandlungen mit Bourtales. Der in Frage kommende Artikel erwähnt in keiner Weise die vorhergehenden Verhandlungen, die Riberlen nicht in der Presse erörtern zu sehen wünscht.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 13./26. März 1909. — Nr. 425.**

Mitgeteilt von der französischen Botschaft in Petersburg. Telegramm Pichons: Radolin hat mir die von der russischen Regierung getroffene Entscheidung, die Annullierung des Artikels 25 bedingungslos anzunehmen, mitgeteilt. Er hat mich gefragt, ob wir bereit wären, eine österreichische Anfrage in derselben Weise zu beantworten; er hat hinzugefügt, die deutsche Regierung betrachte den Entschluß des russischen Außenministers als einen wichtigen Schritt zur friedlichen Lösung der Krise und er glaube, daß die vorgeschlagene Handlungsweise die in Belgrad in Aussicht genommenen Schritte aufs wirksamste unterstützen würde. Ich habe geantwortet, daß wir kein Bedenken haben zu erklären, daß, wenn Osterreich uns bitten würde, unsere bedingungslose Zustimmung zu geben, ebenso wie es Rußland getan hat, wir eine bejahende Antwort geben würden. Aber da diese Antwort unserm Wunsche entspringt, die höheren Interessen des allgemeinen Friedens zu wahren, so bitten wir unsererseits die österreichische Regierung inständigst, diese Anfrage nur dann an uns zu richten, wenn die Verhandlungen, die soeben in Wien zur Beilegung des Konfliktes mit Serbien geführt werden, Er-

folg gehabt haben werden. Soweit wir wissen, ist das Projekt der serbischen Note, welches von dem österreichischen Außenminister vorbereitet worden ist, von Iswolsky mit sehr leichten Veränderungen angenommen worden. Es handelt sich folglich nur um einen ganz kurzen Aufschub, und es würde uns zur Befriedigung gereichen, dies Zugeständnis von der österreichischen Regierung zu erhalten.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. März 1909. — Nr. 24.**

Man hat in Berlin die Antworten erhalten, wie London, Paris und Rom die von Deutschland vorgeschlagene österreichische Anfrage aufnehmen würden. Die römische Antwort wird hier als befriedigend betrachtet. Die aus Paris ist es weniger, aber schließt die Möglichkeit einer Zustimmung nicht aus. Die Antwort aus London hat in der Wilhelmstraße Enttäuschung hervorgerufen. Man nimmt an, daß die deutschen Botschafter in Paris und London den Gedanken, welcher dem deutschen Vorschlage zugrunde liegt, nicht deutlich genug erklärt haben, nämlich, daß die Anerkennung der Annexion durch die Mächte ihnen die gemeinsame Aktion in Belgrad erleichtern würde. Erläuternde Instruktionen sind an Radolin und Metternich abgegangen. Baron Schön hat mir seine Enttäuschung nicht verhehlt, daß der deutsche Schritt in London keinen Erfolg gehabt, da Grey darauf besteht, daß der Schritt der Mächte in Belgrad der Anerkennung der österreichisch-türkischen Übereinkunft vorhergehen müsse.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in Berlin vom 13./26. März 1909. — Nr. 429.**

Ich lasse Ihnen die Antworten der Kabinette von Paris und London auf den deutschen Vorschlag zukommen. Wir folgern aus ihnen, daß England und Frankreich die Bülow'sche Redaktion annehmen, mit einigen Vorbehalten, die aber den Grund der Frage nicht betreffen. Da die Nachrichten über kriegerische Vorbereitungen Österreichs nach wie vor beunruhigend sind, so scheint es uns notwendig, die Verhandlungen, die in Wien über die Form der serbischen Erklärung geführt werden, möglichst schnell zum Abschluß zu bringen. Wir hoffen, daß Lehrenthal die leichten

Beränderungen, die nur die Form betreffen, annehmen wird. Ich habe nach Wien telegraphiert, daß wir bereit sind, die Redaktion anzunehmen, die Aehrenthal mit Cartwright vereinbaren wird. Bitten Sie Baron Schön, auf Wien einzuwirken, damit die beiden schwebenden Fragen, d. h. die serbische Erklärung und Artikel 25 des Berliner Traktates, möglichst schnell abgeschlossen werden. Um die öffentliche Meinung zu orientieren, haben wir ein Communiqué veröffentlicht, ohne aber, wie Riederlen wünscht, die Verhandlungen mit Pourtales zu erwähnen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 14./27. März 1909. — Nr. 19.**

Sehr vertraulich. Cartwright hat gestern telegraphiert, Aehrenthal bäte die englische Regierung inständigst, von Entgegnungen auf seine Redaktion zur serbischen Note abzusehen, da er schon von Ihnen die Zusicherung erhalten hat, Rußland nähme jeden Text an, der zwischen Wien und London vereinbart wird. Diese Versicherung Aehrenthals hat hier einen außerordentlich unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Hardinge glaubt, daß, wenn diese Erklärung richtig ist, die englischen Anstrengungen, eine günstigere Redaktion der serbischen Note herbeizuführen, von Anfang an ohne Erfolg bleiben mußten. Ich habe gesagt, daß mir nichts Derartiges bekannt sei und daß ich nur den Auftrag habe, die Instruktionen mitzuteilen, die unserm Geschäftsträger in Wien hinsichtlich der endgültigen Redaktion der Note gegeben worden sind.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 22. März / 4. April 1909. — Nr. 503.**

Es will uns scheinen, daß die zustimmende Antwort auf die österreichische Anfrage hinsichtlich des Artikels 25 des Berliner Traktates von jeder Macht einzeln gegeben werden muß. Wir haben folglich die Absicht, dem österreichisch-ungarischen Botschafter die folgende Antwortnote zu übergeben: „Der Unterzeichnete hat die Ehre, Seine Exzellenz den Grafen Berchtold, österreichisch-ungarischen Botschafter, zu benachrichtigen, in Beantwortung der Note vom 21. März/3. April d. J., daß die russische Regierung ihre Zustimmung zur Annullierung des Ar-

titels 25 des Berliner Traktates gibt." Telegraphieren Sie uns bitte, ob die englische Regierung derselben Ansicht ist.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolzky vom 24. März / 6. April 1909. — Nr. 30.**

Persönlich und sehr vertraulich. Ich habe im hiesigen Publikum gewisse Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Orientierung der russischen Politik England gegenüber gefunden, und diese Befürchtungen scheinen mir sogar gewisse Kreise der Regierung ergriffen zu haben. Ich habe gestern eine günstige Gelegenheit benutzt, die sich mir infolge der freundschaftlichen Gesinnung Greys darbot, um ihm zu sagen, allerdings vertraulich und in meinem eignen Namen, daß ich zwar zugebe, daß die Gerüchte im Publikum und in den Zeitungen über den deutschen Schritt in Petersburg übertrieben sein können, daß aber alles, was ich von diesem Schritt wüßte, in mir die feste Überzeugung hervorrufe, daß dieser Schritt eine Handlungsweise darstelle, welche Rußland nicht leicht vergessen werde, und daß, wenn die indirekte Absicht vorgelegen habe, Zwietracht zwischen Rußland einerseits und Frankreich und England andererseits zu säen, dieser Zweck sicherlich nicht erreicht worden ist. Ich habe hinzugefügt, daß, ohne über Dinge urteilen zu wollen, die außerhalb meiner Kompetenz liegen, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach die Pressenachrichten hinsichtlich Ihrer Demission jeder Grundlage entbehren müssen.

**Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolzky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 28.**

Der Telegraphistenstreik hat, abgesehen von den Störungen des täglichen Lebens in Frankreich, auch auf die schwebenden politischen Verhandlungen einen außerordentlich ungünstigen Einfluß ausgeübt. Das Telegramm Curer Exzellenz vom 4./17. März, welches den Bülow'schen Vorschlag enthielt und die Grundlage für unsere spätere Anerkennung der Annexion bildete, habe ich erst nach einer Woche erhalten, zusammen mit einigen andern Telegrammen vom 3., 4. und 8. März. Ich habe nur ein Telegramm rechtzeitig erhalten, ohne Nummer, welches das Projekt

Ihrer Antwort auf den Bülow'schen Vorschlag enthielt. Ich habe den Inhalt sofort dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, aber die ganze Angelegenheit und der Entschluß, der gefaßt werden mußte, waren so wichtig, daß Pichon, der hierüber keine Mitteilung, weder aus Berlin noch aus Petersburg, erhalten hatte, keine bestimmte Ansicht äußern konnte, ohne die Einzelheiten vorher zu kennen. Trotzdem habe ich Ihnen sofort telegraphiert, daß Pichon Ihre Erwägungen hinsichtlich des Bülow'schen Vorschlages vollkommen teilt. Als die telegraphischen Verbindungen wiederhergestellt waren, hatte die ganze Frage unter dem Drucke der deutschen Regierung eine nicht mehr zu ändernde Richtung genommen.

Obgleich Ihr Entschluß, die österreichisch-türkische Übereinkunft durch einen Notenaustausch anzuerkennen, von dem zwischen Rußland, England und Frankreich getroffenen Abkommen, diese Frage auf einer Konferenz zu erörtern, abweicht, so war die französische Regierung hiermit im großen und ganzen zufrieden, da dieser Entschluß zur friedlichen Lösung einer Krise beitrug, welche zu einem bewaffneten Konflikte zu führen drohte, dessen Ursache, wie ich Ihnen schon berichtet habe, in der Bevölkerung keinen Widerhall fand.

Hier hat man die Größe unseres Opfers vollkommen verstanden, und die öffentliche Meinung dankt Ihnen für den tapfern Entschluß, mit diesem hohen Preise die Erhaltung des europäischen Friedens zu erkaufen. Im hiesigen Auswärtigen Amt war man jedoch unangenehm berührt, daß die russische Regierung, die bisher im Einvernehmen mit London und Paris gehandelt hatte, ihre Zustimmung nicht auch von derjenigen der andern Mächte abhängig machte, und daß die Anerkennung der Annexion Bosniens nicht durch die Zustimmung Oesterreichs zu den Serbien betreffenden Vorschlägen der drei Mächte bedingt wurde. Auf diese Weise bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes weiter, und nur infolge der Hartnäckigkeit der englischen Regierung hat das Wiener Kabinett die vorhergehende Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes zugestanden.

Alle diese Umstände, welche in der Presse einen lebhaften Widerhall gefunden haben, mußten das allgemeine Urteil über unsere Handlungsweise ungünstig beeinflussen. Im Zusammen-

hang damit haben deutsche und österreichische Zeitungen den Erfolg der österreichischen Diplomatie unterstrichen und die vorherrschende Stellung der Doppelmonarchie auf dem Balkan betont. Infolgedessen verlangt die öffentliche Meinung in Frankreich, wie auch England, immer mehr eine größere Annäherung zwischen Rußland, Frankreich und England, wie sie bereits im österreichisch-serbischen Konflikt gemeinsam gehandelt haben. Die weitere Entwicklung der europäischen Lage voraussehend, kommen viele Zeitungsorgane zu dem Schlusse, daß, ähnlich wie Deutschland und Österreich jetzt einen glänzenden Sieg davongetragen hätten, auch die beiden Westmächte, zusammen mit Rußland, darauf bedacht sein müßten, ihre Kräfte planmäßig zu entwickeln, um, wenn sie in der Lage sein werden, eine Herausforderung des Dreibundes nicht zu fürchten — und in diesem Falle würde Italien sich vom Dreibunde absondern —, ihrerseits Forderungen aufzustellen, welche das politische Gleichgewicht wiederherstellen würden, nachdem es jetzt zugunsten Deutschlands und Österreichs verschoben worden ist.

Die Erfahrung der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß eine derartige Politik nicht notwendigerweise zum Kriege führen muß. Während der Marokkokrise hat das enge Zusammenhalten des Zweibundes mit England die deutschen Versuche zum Stehen gebracht. Auch jetzt ist das Übergewicht der einen Seite ohne Blutvergießen erreicht worden. Es handelt sich nur darum, ein enges Einvernehmen zwischen den Mächten herzustellen und fest entschlossen zu sein, weitere Übergriffe des Dreibundes nicht zuzulassen, wobei man über genügend starke Kräfte verfügen muß, um Widerstand leisten zu können.

Dies ist die Richtung, welche sowohl das Pariser als anscheinend auch das Londoner Kabinett ihrer Politik geben wollen, in der festen Überzeugung, daß auch die russische Politik dieses Ziel erstrebt, da die Verschiebung des europäischen Gleichgewichts Rußland am nächsten berührt.

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist mit einem solchen Plane völlig einverstanden und wird die Regierung unterstützen, obwohl der Wunsch besteht, mit Deutschland in Frieden zu leben und die gegenseitigen kommerziellen und finanziellen Beziehungen zu entwickeln.

**Auszug aus einem vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 30.**

..... Das Streben der mitteleuropäischen Staaten zum Mittelmeer widerspricht sowohl unsern eignen Absichten als auch den Interessen unserer Bundesgenossen und Freunde, der Franzosen und Engländer. Hauptsächlich die letzteren sind darauf bedacht, den Weg zum Kanal von Suez nach Indien zu schützen, und halten es für nötig, jedem Versuche, diesen Weg abzuschneiden, entgegenzutreten. So z. B. hatte das im vorigen Jahre abgeschlossene Übereinkommen mit Spanien hinsichtlich der Erhaltung des status quo in den spanischen Gewässern seinen Ursprung in den nach London gelangten Nachrichten, Deutschland beabsichtige, eine der spanischen Inseln im Mittelmeer zu erwerben, um daselbst eine Kohlenstation zu errichten. Für Frankreich wäre es auch unbequem, wenn deutsche Seestreitkräfte in der Nähe seiner Küste erscheinen würden. Für Rußland wäre in Anbetracht der Stellung Deutschlands in Konstantinopel die Anwesenheit einer deutschen Flotte im Mittelmeere ebenso gefährlich, wie es die vorherrschende Stellung Englands in der Türkei war, bis das von Ihnen mit London getroffene Übereinkommen die Ursachen etwaiger Zusammenstöße zwischen Rußland und England beseitigt hat. Alle diese Umstände weisen darauf hin, wie nötig es für uns ist, uns noch enger mit Frankreich und England zu verbinden, um gemeinsam dem weiteren deutsch-österreichischen Vordringen auf dem Balkan entgegenzutreten.

Ein solcher Widerstand wird nicht unter allen Umständen zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Dreibund führen müssen. Ebenso wie Österreich, von Deutschland unterstützt, seine Streitkräfte zusammengezogen und Serbien bedroht hat, ohne auf die berechtigten Forderungen Europas zu hören, könnten auch wir, nachdem unsere militärische Macht wiederhergestellt, im Einvernehmen mit Frankreich und England, Österreich-Ungarn im günstigen Augenblicke zwingen, seinen Balkanplänen zu entsagen und den jetzt unterworfenen Serben die Handlungsfreiheit wiederzugeben. Die Erfahrung der letzten Krise hat bewiesen, daß, wenn die militärischen Maßnahmen schon in

Friedenszeiten vorbereitet sind, diplomatische Fragen bereits durch Drohungen und Ausübung eines starken Druckes gelöst werden können. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, den günstigen Augenblick auszuwählen und die günstige allgemeine Lage zu benutzen, um, im Bewußtsein der eignen Kraft, bis zum Ende durchzuhalten. Auf diese Weise werden wir unbedingt den schweren Eindruck abschwächen können, den unser Mißerfolg jetzt hervorgerufen hat, und auf diese Weise wird es uns allmählich gelingen, die uns verwandten Balkanstaaten von dem österreichisch-deutschen Einflusse zu befreien.

Im jetzigen kritischen Augenblick halte ich es für meine Pflicht, auf die Richtung unserer Politik hinzuweisen, welche meiner festen Überzeugung nach allein unsern Interessen entspricht und welche gleichzeitig sowohl von der französischen als auch, wie ich glaube, von der englischen Regierung unterstützt werden wird.

**Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909.**

In der Presse sind in diesen Tagen für die Regierung äußerst beleidigende Beschuldigungen erhoben worden, Frankreich habe seine Verpflichtungen Rußland gegenüber nicht erfüllt und habe letzteres auf diese Weise gezwungen, den Forderungen des Wiener Kabinetts, das von Deutschland unterstützt wurde, nachzugeben. Pichon hält diese Anschuldigung für völlig grundlos, hat sie durch Havas dementieren lassen und hat hierbei hervorgehoben, daß sowohl Frankreich als auch England, zusammen mit Rußland, die von Anfang an beschlossene Politik befolgt haben. Der „Temps“ hat diesen Gedanken in dem beigefügten Leitartikel weiter entwickelt. Wie ich schon seinerzeit an Eure Excellenz berichtet habe, hatte die französische Regierung sich nicht bloß auf diplomatische Maßnahmen beschränkt. Der französische Botschafter in Berlin hat die Aufmerksamkeit Pichons darauf gelenkt, daß Deutschland und Österreich so entschieden vorgehen, weil sie überzeugt sind, daß Rußland sich auf keinen Fall zum Kriege entschließen und daß aller Wahrscheinlichkeit nach England und Frankreich sich einer Teilnahme am Kriege enthalten würden, selbst wenn Rußland in denselben hinein-

gezogen werden sollte. Jules Cambon hat hinzugefügt, es wäre notwendig, irgendwelche militärische Maßnahmen zu treffen, welche zeigen würden, daß Frankreich entschlossen ist, seinen Bündnisvertrag mit Rußland zu erfüllen. Außerdem wies er auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Worte eines englischen Ministers hervorgerufen hätten, England habe nicht die Absicht, Serbiens wegen Krieg zu führen. Diese Betrachtungen sind hier beim Ausbrechen des Telegraphenstreits erhalten und sind sofort dem Ministerpräsidenten und mit einem speziellen Kurier auch nach London weitergegeben worden.

Infolgedessen wurde hier sofort die Verfügung getroffen, keine Urlaubsbewilligungen in den östlichen Armeekorps zu erteilen, und es wurden verschiedene Truppenbewegungen und andere Maßregeln zur Vorbereitung der Mobilisation durchgeführt.

In London hat man diese Erwägungen auch beherzigt, und man hat mit der französischen Regierung vereinbart, eine Eskadere zusammenzustellen, welche sich bei Malta zu versammeln hätte. Die englische Admiralität hat auch noch andere Maßregeln getroffen. Inzwischen haben aber die Telegraphenagenturen ganz Europa von einer geheimen Sitzung des Ministerrats in Tsarskoe Selo benachrichtigt, in der die Minister der Finanzen, des Handels und des Krieges bewiesen hätten, daß es für Rußland unmöglich sei, Krieg zu führen.

Eine derartige öffentliche Bloßstellung unserer völligen Machtlosigkeit hat auf unsere Freunde einen niederschmetternden Eindruck gemacht und mußte unsere Gegner ermutigen, an Rußland die unmöglichsten Forderungen zu stellen, in der festen Überzeugung, daß wir nachgeben werden. Die Kabinette von Paris und London haben hieraus den Schluß gezogen, daß Rußland, Frankreich und England mehr denn je auf gemeinsames Handeln bedacht sein und gleichzeitig militärisch rüsten müssen, um ihren Gegnern die Überzeugung beizubringen, daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß und ihre Forderungen durchsetzen wird.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das zugunsten des Dreibundes gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen, und nur auf diese Weise wird es Rußland vermögen,

seinen Einfluß auf die Balkanstaaten, den es zeitweilig verloren, wiederzugewinnen. Nur auf diese Weise endlich wird Rußland seine große, ihm von der Vorsehung vorgezeichnete historische Mission erfüllen können.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 26. März / 8. April 1909.**

Persönlich und streng vertraulich. Hardinge hat mir vertraulich ein Telegramm des englischen Botschafters in Petersburg gezeigt, das über die Unterredung mit Ihnen berichtet. Der Eindruck ist sehr stark. Ihre Absicht zu demissionieren bedauert man außerordentlich, ebenso wie die Zweifel, die Sie über die weiteren Absichten der englischen Politik geäußert haben. In dieser Hinsicht kann ich bezeugen, daß die englische Politik nie eine bestimmtere und deutlichere Grundlage gehabt hat. Dies zeigt sich nicht nur in der Regierung, sondern auch im Publikum. Der Zwischenfall, von dem Sie sprechen, im Laufe dessen die englische Regierung vielleicht mit zu wenig Umsicht gehandelt hat, kann doch in keinem Falle als ein Anzeichen einer Kursänderung betrachtet werden. Der Gedanke, der Grey geleitet hat, war sicherlich nicht der, die montenegrinische Frage dem Entschlusse der Mächte zu entziehen. Da Italien zusammen mit England die einzige Macht gewesen ist, die bestimmte Bedingungen hinsichtlich Montenegros gestellt hat, so hat Grey zusammen mit Italien gehandelt. Dies mag ein Mangel an Umsicht gewesen sein, aber ich meine, man müsse deswegen nicht die sehr energische Unterstützung vergessen, die England uns in schwierigen Verhältnissen stets gezeigt hat. Ich telegraphiere Ihnen dies in der Absicht, Ihren letzten Eindruck von der englischen Politik richtigzustellen. Meiner Ansicht nach kann dies in keinem Falle ein Grund Ihrer Demission sein. In diesem Zwischenfall kann ich keine wirkliche, prinzipielle Divergenz erblicken. Übrigens hat die englische Unterstützung in Cetinje bereits aufgehört, was meiner Ansicht nach dem Zwischenfalle seine richtige Bedeutung wiedergibt. Zum Schlusse kann ich nicht anders als Sie beschwören, Ihre Folgerungen und Entschlüsse nochmals genau zu prüfen, denn diese könnten äußerst unglückliche Folgen für unsere politische Lage nach sich ziehen.